



# GÖTTINGER BLÄTTER

03.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Warnstreiks im Klinikum:

## ► Zügige Einigung beim TV-L

**Es ist soweit, die diesjährige Tarifrunde im Öffentlichen Dienst hat auch unsere UMG erreicht.**

Mehrfach hat dieses Blatt über die zeitgleich stattfindenden drei Tarifikämpfe an der Uni/UMG berichtet: Die ausgelagerte Küche, deren Mitarbeiter über einen Haustarifvertrag die 30%ige Lohndifferenz zu den gleich arbeitenden, jedoch dienstälteren Kollegen nicht mehr hinnehmen wollen, die KollegInnen der Pflege, die für eine Mindestbesetzung ins Feld ziehen – auch in der Hoffnung, dass auch andere – dank Arbeitsverdichtung überlasteten – Berufsgruppen beteiligt werden können und nunmehr die zweijährlichen bundesweiten Lohnverhandlungen, die auch die Universität und weitere Betriebe im Landesbesitz einschließen.

Die zuständige Gewerkschaft für Klinikum und Universität heißt ver.di und hat es nicht leicht. Der Organisationsgrad im Klinikum ist gering, in der Universität nochmals schlechter. Das Klassenbewußtsein ist wenig ausgeprägt, in der Universität gar nur von geübtesten Soziologen zu entdecken. Im Krankenhaus ist es eben wichtiger, kranke Menschen zu versorgen, in der Universität scheint es eine Art Initiationsritus zu sein, mit ganz wenig Geld auszukommen, da ja später hochdotierte Professorenlehrstühle locken. Dumm nur, dass die Überlastung der Klinikumsmitarbeiter auch ihre (Todes)opfer fordert, dumm nur, dass es nicht alle aus dem akademischen Mittelbau, so es ihn denn noch gibt, an die Fleischtöpfe schaffen, aber das ist ein anderes Thema, das wir gerne in naher Zukunft aufgreifen werden. Erst recht dumm, wenn sich die verschiedenen Berufsgruppen trotz gleicher Situation (arbeiten für zu

wenig Geld) nicht so recht einigen mögen. Nächste und vielleicht gravierendste Schwierigkeit ist die geringe Kampfkraft der Akademiker, welchen Ausbeuter kratzt es schon, wenn ein Vorlesung über was auch immer verschoben wird oder gar ausfällt.

Die gefühlte Rückenwind im Klinikum für die DGB-Gewerkschaft werden aber durch zwei Turbulenzen gestört: Sowohl der Deutsche Beamtenbund als auch der Marburger Bund unterhalten eine Interessenvertretung, letztere mit gewohnt ständischer Politik für die Mediziner, erstere nicht nur für die ca. 20 Beamten sondern unter dem Namen „GeNi (Gesundheit Niedersachsen)“ mit dem Anspruch, von vielen Beschäftigten des Klinikums kleine Beiträge einzutreiben.

Letzte Schwierigkeit für ver.di, die hier genannt werden soll: Weder die Beschäftigten von Uni noch von UMG sind sonderlich streikerfahren, der letzte große Arbeitskampf liegt Jahre zurück.

Bei allen diesen Schwierigkeiten muss es also als Erfolg zu sehen sein, dass immerhin zwei Busse vom Klinikum aus zur zentralen Kundgebung in die Landeshauptstadt fahren. Ein erster Erfolg, aber auch nur ein Anfang. Es ist wie in der Kindererziehung: Sagt das Kind zum ersten Mal „Mama“, sind die Eltern stolz wie Bolle, hat sich der Wortschatz in den nächsten Jahren nicht erweitert, müssen sie die Frühhochbegabtenförderung wohl wieder abbestellen.

Aber für das ver.di Aktiv ist es nicht leicht, wenn mit hohem Engagement neben der Dienstzeit oder dem Papierkrieg des Personalrates Infoschriften erstellt und verteilt werden, Versammlungen (wegen der Dienstzeiten) mehrfach angesetzt werden, um dann

### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Tarifvertrag Einigung	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europa	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Prekäre Arbeit	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2017  
ist der 17. März.  
Auslieferung am 23. März.

doch nur die üblichen Verdächtigten zu sehen. Ein Teufelskreis, der irgendwie durchbrochen werden muss- Und dies nur mit dem Sprung ins Kalte Wasser.

Mit Redaktionsschluss kommt die Nachricht vom Abschluss der Lohntarifverhandlung. Ver.di hat (erneut) dem ersten Angebot der Arbeitgeber zugestimmt, der Rückstand auf den TV-ÖD von Bund und Kommunen wird weiter wachsen. Angesichts oben erwähnter Schwierigkeiten muss man Verständnis für die Gewerkschaftsfunktionäre haben, angesichts der kommenden Aufgaben muss man es bedauern. Gewerkschaften wachsen nicht durch Organizing, Werbungsgeschenke oder Drückerkolonnen, sie wachsen im Kampf. Wir müssen jetzt vor Ort die beiden ausstehenden Konflikte durch unsere Solidarität unterstützen, wir brauchen eine starke Gewerkschaft.



## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

Wir wollen euch an dieser Stelle auf einige lesenswerte Neuerscheinungen hinweisen:

### ► Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

Die Rote Hilfe Deutschlands war schon in der Weimarer Republik eine große linke Solidaritätsorganisation, die Ende 1932 fast eine Million Mitglieder umfasste. Menschen aus verschiedenen Spektren der Arbeiterbewegung ebenso wie linke Prominente unterstützten die Solidaritätsarbeit für politische Gefangene und ihre Familien oder einzelne Kampagnen der Roten Hilfe. Nach dem Verbot im Frühjahr 1933 arbeiteten viele RHD-Aktivist\*innen in der Illegalität weiter - teils in losen Zusammenhängen, teils in gut vernetzten Kleinzellen, die mit dem Zentralvorstand und den zuständigen Bezirksleitungen in Austausch standen. Für die zahllosen KZ-Häftlinge und ihre Angehörigen wurden Spenden gesammelt, verfolgte Aktivist\*innen und untergetauchte

Funktionäre mussten mit illegalen Quartieren versorgt oder heimlich über die Grenze ins Exil gebracht werden. Im benachbarten Ausland organisierten Büros der RHD Schlafplätze und materielle Hilfe für die Emigranten und unterstützten die konspirativen Gruppen im Reichsgebiet mit Druckschriften und Geld. Die Widerstandsgruppen der Roten Hilfe erstellten Zeitungen und verteilten Flugblätter, die zum Protest gegen den NS-Terror aufriefen und die praktische Solidaritätsarbeit propagierten. Im antifaschistischen Untergrund ab 1933 waren auffallend viele Frauen aktiv, die nach den Verhaftungen prominenter - meist männlicher - RHD-Mitglieder zentrale Funktionen in der Organisation übernahmen, aber auch „unauffällige“ Hintergrund-

arbeit leisteten. Selbst nach der offiziellen Auflösung der Roten Hilfe Deutschlands im Jahr 1938 führten dezentrale Strukturen die Unterstützung für die Verfolgten fort. Mit dieser Broschüre des Göttinger Hans-Litten-Archivs soll der heute fast vergessene Widerstand der Roten Hilfe gegen den NS-Terror beleuchtet werden.

**Silke Makowski:**

#### „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“.

Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933. Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I

Verlag Gegen den Strom, Brosch. A4, 120 S., 7,00 Euro, ISBN 3-9809970-4-9

### ► Reprint der Zeitschrift „Pasaremos“ der Internationalen Brigaden

„Wir stellen heute unseren Genossen die erste Nummer unserer neuen Brigade-Zeitung vor, auf die schon viele Kameraden gewartet haben“, so war im Editorial der ersten Ausgabe vom 2. März 1937 zu lesen. Die „Pasaremos“ war die Zeitschrift der XI. Internationalen Brigade mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren. Im Spanischen Bürgerkrieg hatte jede Division, jede Brigade, jedes Bataillon eigene Zeitschriften und Zeitungen. Das galt auch für die Internationalen Brigaden.

Die meisten dieser Publikationen sind, mehr oder weniger vollständig, heute vermutlich nur noch im Komintern-Archiv in Moskau und in den Militärarchiven in Spanien erhalten. Reprints existieren bislang nur von einzelnen Nummern des „Volontario de la Libertad“ und der „Milicia popular“ der Zeitung des legendären 5. Regiments. Mit dem Nachdruck wird nun erstmals wieder die Zeitschrift einer Internationalen Brigade komplett der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

**Werner Abel (Hrsg.):**

#### „Pasaremos“ – Organ der XI. Brigade, Reprint der Zeitschrift

Mit einem Vorwort von Werner Abel unter Mitarbeit von Karla Popp und Hans-Jürgen Schwebke

Ein Projekt des Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939“

Dietz Verlag, ca. 420 Seiten, geb., 39,90 Euro, ISBN 978-3-320-02337-9

### ► Auschwitz als Drehkreuz für die Verschickung von Arbeitsklaven

Ist über Auschwitz alles gesagt und bekannt? Nein. Die Historikerin Susanne Willems, ehemalige Leiterin der Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln, widerlegt diese Vermutung. Seit Jahrzehnten forscht sie zum Thema, arbeitete lange Zeit in Oświęcim, wurde dafür von der polnischen Regierung mit hohem Orden geehrt. Sie führte den Nachweis, dass auf Betreiben von Rüstungsminister Albert Speer Auschwitz 1942 zum Arbeitskräftereservoir für die gesamte deutsche Wirtschaft wurde. Von Auschwitz wurden Arbeitsklaven auf Anforderung übers ganze Reich verteilt.

Die nicht oder nicht mehr Arbeitsfähigen schickte die SS ins Gas. Mit barbarischem Kalkül wurden etwa anderthalb Millionen Menschen, mehrheitlich Juden, Sinti und Roma aus ganz Europa ermordet. Das Buch dokumentiert akribisch die Geschichte des Lagers Auschwitz und erfüllt alle Kriterien eines Standardwerkes. Erstmals werden Zeugnisse präsentiert, die noch niemals publiziert wurden, etwa Speers Bauplan für Auschwitz-Birkenau, der am 6. Oktober 1942 gezeichnet wurde. Dieses einmalige Dokument fand Susanne Willems im Militärhistorischen Archiv in Prag.

Der vierfarbige Band wurde illustriert von Fritz Schumann, der 2014 mit dem dpa-Nachwuchspreis ausgezeichnet wurde. Seine berührenden Fotos zeigen eindrucksvoll den heutigen Zustand von Auschwitz.

**Susanne Willems:**

#### „Auschwitz. Die Geschichte des Vernichtungslagers“

mit Fotos von Frank und Fritz Schumann

edition ost, 256 S., geb., mit Abb., 29,99 Euro, ISBN 9783360018663

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlung

Dienstag, den 14. März, 20:00 im Berliner Hof



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

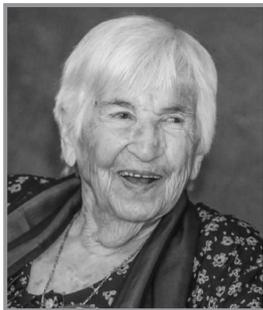
Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► „Kuba ist wahrscheinlich das einzige Land auf der Welt, in dem die Synagogen keines bewaffneten Schutzes bedürfen.“

### Esther Bejarano begeistert die Kubaner.

**Unter großer Anteilnahme der kubanischen Öffentlichkeit schlossen Esther Bejarano und die Rap-Band Microphone Mafia am Freitag, den 13. Januar 2016, ihre gemeinsame Kuba-Tournee ab.**

Auch wenn die Sängerin selbst bei der Abschlussvorstellung wegen Erkrankung nicht anwesend sein konnte, verwandelte sich selbige in eine Hommage. Kurzfristig hatte die Microphone Mafia kubanische Musiker aus der kubanischen Rap-Agentur auf die Bühne eingeladen, -darunter die Bands Cuentas Claras, Los Niches, Charly Maclarima, Jimmy con Clase, DJ Reymel, La Vastida MC, Papa Flow MC und die Gruppe Ron con Cola. Zudem erwiesen die Rapper von Brebajemanfreestyle der ehemaligen Akkordeonspielerin des Mädchenorchesters von Auschwitz ihren Tribut.



Es war das vierte Konzert innerhalb von sechs Tagen. Ihren furiosen Auftakt fand die Tournee im Palacio de la Rumba im Zentrum Havannas, dieses Konzert widmete Bejarano & Band dem jüngst verstorbenen Fidel Castro. Unter den Gästen war auch der deutsche Botschafter in Havanna -er gab für die Reisekosten der Band einen Zuschuss. -In Camagüey sprang der Funken ebenfalls auf das Publikum über. Auf Einladung der Künstlerorganisation Hermanos Saíz und unter Anwesenheit hochrangiger Vertreter der Kulturpolitik tanzte am Ende der ganze Saal zu kölschen und jiddischen Liedern. Junge Kubanische Künstler überreichten im Anschluss ein exklusiv angefertigtes Portrait.

Im Jugendzentrum Mejunje in der Che-Guevara-Stadt Santa Clara erreichten Esther Bejaranos Lieder ein vor allem junges Publikum. Neben warmem Applaus ergoss

sich hier über die Musiker nur leider auch ein Regenguss mit Folgen, zog sich Esther Bejarano doch eine problematische Erkrankung der Atemwege zu, die ihr die Teilnahme am letzten Auftritt der Gruppe unmöglich machen sollte.

Neben den Konzertauftritten absolvierte die Gruppe ein intensives kulturelles und politisches Beiprogramm. Die jüdische Gemeinde in Kuba empfing die Auschwitz-Überlebende mit großen Ehren. David Prinstein, Vize-Präsident der Comunidad Hebréa de Cuba, erklärte bei einem gemeinsamen Besuch eines Mahnmals für die Shoa auf dem jüdischen Friedhof in Guanabacoa, dass für die jüdische Gemeinde in Kuba der Holocaust eine Erinnerung an die verschiedensten Gruppen von Verfolgten verlange, nicht

nur an die der Juden selbst. Auch das traditionelle Gebet „Frieden für Israel“ müsse als der Wunsch nach Frieden für die ganze Welt verstanden werden. Prinstein betonte, dass die jüdische Gemeinde in Kuba sich als privilegiert betrachte, angesichts unbegrenzter Möglichkeiten der Religionsausübung auf der einen und der gesellschaftlichen Abwesenheit von Juden Hass auf der anderen Seite. Kuba sei wahrscheinlich das einzige Land auf der Welt, so Prinstein, in dem die Synagogen keines bewaffneten Schutzes bedürfen.

Esther Bejarano hatte ihrerseits bereits zuvor auf einer Pressekonferenz deutlich gemacht, dass ihr Wunsch, nach Kuba zu reisen, aus dem Interesse rühre, den Fortschritt der Überwindung von Antisemitismus und Rassismus in einem Land zu erleben, dessen Regierung sich in der Vergangenheit mehrfach ausdrücklich für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat eingesetzt hatte. Bejarano machte dabei auch deutlich, dass die aggressive Position

der israelischen Regierung sie dazu veranlasst hatte, in den 1960er Jahren Israel zu verlassen und sich wieder in Deutschland, im Land der Täter, wie sie sich ausdrückte, anzusiedeln.

Die Bedeutung, der dieser Tournee in Kuba gegeben wurde, zeigt sich auch in der ausführlichen Berichterstattung. Fast täglich wurden Ausschnitte von der Pressekonferenz und der Konzerte in den kubanischen Medien gebracht, mehrfach berichtete das kubanische Tagesschau-Pendant Noticiero Nacional. Die größte Tageszeitung Granma nannte Esther Bejarano in einem ganzseitigen Portrait eine „Legende des antifaschistischen Liedes“. Auch international wurde die Tournee wahrgenommen: britische, spanische und mittelamerikanische Agenturen und sogar der in Miami angesiedelte, antikommunistische Nuevo Herald berichteten.

Insgesamt zogen die Veranstalter eine positive Bilanz. Besonders die kubanische Seite zeigte sich glücklich, mit Esther Bejarano eine Künstlerin willkommen heißen zu dürfen, die zugleich eine eindrucksvolle Vertreterin des Antifaschismus und des Internationalismus ist. „Wir haben jeden Moment der Anwesenheit von Esther genossen“, sagte der Sänger der Rap-Gruppe „1ra base“ und Vorsitzende der kubanischen Rap-Agentur, Ruben Marin, bei der Verabschiedung der Musiker in Havanna.

Esther Bejarano ergänzt im Rückblick: „Es war eine sehr gute Sache; schwer und schade nur, dass die Erkrankung auftrat. -Die Bilanz ist insgesamt sehr positiv sowohl was die Völkerfreundschaft BRD-Cuba betrifft als auch die Friedensbotschaft im weiteren – also gegen Rassismus, Faschismus und Menschenhass. Denn für diese Botschaft bildete Kuba – Publikum, Gesprächspartner sowie Bevölkerung, Repräsentanten insgesamt die beste Bühne und es gab eine solche Resonanz, die wiederum hinausging in alle Welt – solcher Eindruck wirkt eben fort.“

26.1.2017

# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

## ► Der 8. März – Internationaler Frauenkampftag

**Der 8. März ist der internationale Frauenkampftag, vor 100 Jahr von der sozialistischen Fraueninternationale um Clara Zetkin etabliert. Die kommunistische Internationale setzte dann den 8.März als festen Termin an. Der 8. März steht für die Er kämpfung vor allem des Frauenwahlrechtes, gleichermaßen aber auch für gleiche Rechte und die Frauen für den Sozialismus zu gewinnen.**

Das Frauenwahlrecht in Deutschland kam 1918 mit den Gewehren der Matrosen und Arbeiter der Novemberrevolution. Gleichberechtigung war damit nicht lange verwirklicht, aber es war ein großer Sprung nach vorne. Denn noch heute müssen Frauen für ihre Rechte kämpfen, ob sie nun proletarische Frauen oder bürgerliche Frauen waren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist immer noch nicht drin und vom Sozialismus in Deutschland mit der dann verwirklichten Gleichberechtigung sind wir leider weit entfernt.

Deswegen bleibt es dabei, der 8. März ist kein Tag der reinen Feierei, sondern auch immer noch ein Kampftag für die Rechte der Frauen und für die Überzeugung der Frauen für den Sozialismus, wie von seine Ausruferinnen gedacht. Denn in Deutschland besteht weiterhin Ungleichheit zwischen Mann und Frau, alleine beim Thema Lohndifferenz gibt es ein Riesenkluft: Im Schnitt verdienen Frauen 21% weniger als ihre männliche Kollegen. Darauf machen die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsfrauen seit Jahre am Equal Pay Day zehn Tage später, am 18. März, aufmerksam.

Im vergangenen Jahr hat der Focus eine Untersuchung über die Ungleichheit zwischen Männer und Frauen in der deutschen Städte veröffentlicht.:

„Für das Ranking haben die Sozialforscher Job- und Karrierechancen, Einkommen und Qualifikation, frauenfeindliche Kriminalität sowie Spaß und Freizeitmöglichkeiten in den größten deutschen Städten verglichen. Die zentrale Frage: Wo in Deutschland leben Frauen am besten? Klarer Sieger laut Focus ist die Stadt Dresden, gefolgt von Jena und Leipzig. Schlusslicht ist Ludwigshafen.“. Der Osten liegt bei aller anderen negativen Erscheinungen deutlich vorne. Göttingen kommt auf Platz 1 der niedersächsischen Städte und auf Platz 8 der 77 untersuchten deutschen Städte.

Frauen in Göttingen verdienen im Schnitt 87% des Männergehalts. In Göttingen sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung Frauen. In Göttingen arbeiten über die Hälfte der Frauen, dabei sind es nur 54% der Frauen vollzeitbeschäftigt. Bei den Männer sind es 93 Prozent. Es ist damit klar, dass es in der ökonomische Frage ein großer Ungleichgewicht

### Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

#### MV Dienstag, 07. März, 20:00 Uhr

Frauenkampftag: Debatten um Strafgesetz und sexuelle Straftaten, mit Inge S. (Hanover, stellv. Bezirksvorsitzende der DKP Niedersachsen)

#### MV Dienstag, 21. März, 20:00 Uhr

Internetsicherheit und wir, NN

**Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).**

### Reguläre Kreismitgliederversammlung der DKP Göttingen

**am Samstag, den 22.4.2017  
von 14:00 - 18:00 in den Räumlichkeit des Roten Zentrums (Rote Hilfe).**

zur aktuellen Parteiauseinandersetzung mit Achim Bigus, stellv. Bezirksvorsitzender der DKP Niedersachsen. Es finden keine Wahlen statt! Die Tagesordnung folgt in der nächsten Ausgabe.

zwischen Männer und Frauen, auch in der erstplatzierten niedersächsischen Stadt Göttingen, gibt.

Nicht nur aus diesem Grund wollen wir als DKP wieder eine öffentlichkeitswirksame Aktion am 8. März, den internationalen Frauenkampftag, organisieren. Unsere Aktion mit der SDAJ Göttingen findet am 8.März, zwischen 14:30 und 18:00 statt... Wir werden mit Kreativität auf die (Miss-)Verhältnisse aufmerksam machen.

**Also kommt zu uns,  
8. März | Gänseliesel | 14:30 – 18:00  
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!  
Es lebe der internationale Frauenkampftag!**



# GROBIAN

## Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► Von den Mühen und (kleinen) Erfolgen der politischen Stadtteilarbeit

**Die Groner Bürgerinitiative Antifaschismus wird nicht müde, sich immer wieder mit den unterschiedlichsten Anliegen und Themen in ihrem Stadtteil auseinander zu setzen.**

**Dabei ist es sinnvoll, mit möglichst vielen unterschiedlichen anderen Akteuren vor Ort zu kooperieren, da diese sich häufig besser auskennen.**

### Ortsrat und Runder Tisch

Regelmäßig laden Hendrik Falkenberg u.a. zum Runden Tisch ein, wo es oft auch sehr mühsame Diskussionen gibt. Umso nötiger ist es, Orte und Möglichkeiten der gemeinsamen Gespräche zu bieten.

Immer wieder bringt Grobian Themen in den Ortsrat ein. So gelang es z.B. durch die hartnäckige Vermittlung der Ortsbürgermeisterin, die Nahversorgung im Stadtteil zu sichern: Der hiesige Einkaufsmarkt wurde nicht geschlossen, sondern hat nach dem Ende der Sanierung Ende Februar wieder geöffnet. Eine Schließung wäre gerade für alte und immobile Menschen fatal gewesen.

### Winterkino

Der Mensch lebt aber nicht nur vom Brot allein. Deshalb gab es auch in diesem Winter das Winterkino der Filmfreunde Grone, in Kooperation mit der Bürgerinitiative Grone Süd und der Jona-Gemeinde im Gemeindehaus der Jona-Kirche. Monatliche Filme zum Thema „Zeiten verändern“ sowie Speis und Trank schufen den Rahmen zum abendlichen Treffen von Menschen im Stadtteil. Die Bandbreite der TeilnehmerInnen ließe sich sicher noch ausweiten, zumal sich bisher kaum NachbarInnen mit Migrationshintergrund blicken ließen. Hier liegt noch eine Aufgabe vor uns, verstärkt Werbung zu machen und noch mehr MitbürgerInnen zum nächsten Winterkino einzuladen.

### Unterkunft für Geflüchtete

Das Kino für Geflüchtete wurde in der leider sehr abgelegenen Unterkunft auf der Siekhöhe monatlich angeboten und gern angenommen. Besonders die Filme mit hohem Slapstick-Anteil kamen gut an. Selbstverständlich kritisieren wir die Art der

Unterbringung massiv und halten es insbesondere für Kinder für nicht hinnehmbar, wenn diese länger als wenige Monate in der Halle leben müssen. Dennoch lassen wir die Geflüchteten dort nicht im Stich. Marianne Mogk bietet regelmäßig Kinderbetreuung an, wobei sie von Jugendlichen aus dem Stadtteil ein wenig unterstützt wird. Gern können sich noch Interessentinnen an dieser Arbeit melden! Gern auch von außerhalb!

Insbesondere die fehlende Busanbindung ist ein Kritikpunkt an der Siekhöhenunterkunft. Deshalb hat die Fraktion der Göttinger Linken bereits am 16.12. im Rat eine Bushaltestelle direkt vor der Halle beantragt. Dies käme auch den dort in den anliegenden Betrieben zugute. Der Antrag wurde vom Rat an den Ausschuss für Umwelt und Mobilität verwiesen und dort leider noch nicht behandelt. Hier muss noch mal nachgehakt werden. Insbesondere weil eine Veränderung der Belegungssituation nicht in Sicht ist!

In der letzten Ratssitzung am 17.02. wurde von der Göttinger Linken ein weiterer Antrag zur Siekhöhe eingebracht, der noch einmal die Kritik an der Art der Unterbringung zum Inhalt hatte. Ziel war es, die Dauer des Aufenthaltes verbindlich auf drei Monate zu begrenzen. Es ist bekannt, dass auch Familien mit Kindern dort länger untergebracht werden. Sogar Obdachlose sind schon dort zugewiesen worden. Leider wurde der Antrag per Direktbeschluss mit großer Mehrheit abgelehnt und wir werden überlegen, wie man die Situation der Menschen in der Halle dennoch weiter verbessern kann. Insbesondere die Situation der Kinder sollte man weiter im Blick haben.

### Wohnungsleerstand

Wie mehrfach berichtet hat sich Grobian immer wieder darum bemüht, gegen den Leerstand in den Wohnungen der Westgrund anzugehen. So wurde im Januar im Ortsrat und neulich im Sozialausschuss erneut nachgefragt, wann und wieviel denn nun und mit wem belegt wird. Und tatsächlich gab es die konkrete Auskunft von der Stadtverwaltung, dass in der Zeit vom 25.02. bis 01.03. 25 Wohnungen belegt

werden sollen, und zwar in erster Linie mit Geflüchteten.

Auf alle Fälle wird Grobian dies genau beobachten. Auch werden wir fordern, dass der Stadtteil bei der Integration der neuen NachbarInnen professionell unterstützt wird, zumal ja mindestens noch weitere 25 Wohnungen in der Planung sind. Zwar gibt es das Stadtteilzentrum, aber auch dort herrscht Personalnot. Darüber hinaus kann der Stadtteil die vielfältigen Integrationsaufgaben nur leisten, wenn weitere Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

### Überdachte Bushaltestellen

Auch die Gesamtbevölkerung lassen wir nicht im Regen stehen. Uns ist aufgefallen, dass an mehreren Bushaltestellen die Überdachung fehlt und die Wartenden Wind und Wetter ausgesetzt sind. Gerade in unserem Stadtteil leben viele Menschen mit geringem Einkommen, sodass sie auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind und nicht bequem in ihr eigenes Fahrzeug einsteigen können. Auch ist die Steigerung der Attraktivität des ÖVNPs aus ökologischer Sicht sinnvoll. So lässt sich hoffen, bei einem Antrag im Ortsrat bezüglich der Überdachung der Haltestellen nicht ganz auf taube Ohren zu stoßen. Zumal sich Thomas Bahrs sehr viel Mühe gemacht hat, die Haltestellensituation gründlich zu eruieren und zu dokumentieren.

### Jugendhilfeausschuss

Die mangelnde Integration von Jugendlichen und die Bildungsungerechtigkeit spielen in Grone eine große Rolle. Wenn jetzt im Jugendhilfeausschuss der Stadt Göttingen diese Thematik diskutiert wird, ist Bärbel Safieh als stimmberechtigtes Mitglied dabei. Sie wurde von der GÖLinken-Fraktion dorthin entsandt und wird sich für die Belange der benachteiligten Kinder und Jugendlichen, natürlich im ganzen Stadtgebiet, einsetzen.

Politische (Stadtteil)Arbeit ist ein mühsames Unterfangen, aber z.B. angesichts der Aktivitäten von Grobian lässt sich erkennen und erleben, dass sich die Mühe lohnt. Auch deshalb, weil dort neben der gemeinsamen politischen Arbeit die Nachbarschaftshilfe und der freundschaftliche Umgang eine große Rolle spielen. Unter dem Motto: Es muss auch Spaß machen! (bs)

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

**am Mittwoch, 29. März 2017, 18.30 Uhr**

bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, 37073 Göttingen

### Tagesordnung:

1. Einladung, Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführer
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Rechenschaftsbericht des Kreissprecher\*innenrates
4. Mitgliederentwicklung 2016
5. Finanzbericht des Schatzmeisters
6. Finanzplan 2017
7. Entlastung des Schatzmeisters
8. Entlastung des Kreissprecher\*innenrates
9. Wahl des Kreissprecher\*innenrates
- 9.1 Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
- 9.2. Wahl- und Zählkommission
- 9.3. Wahl des/der Schatzmeisters/in
- 9.4. Wahl zur Sicherung der Mindestquotierung
- 9.5. Wahl der gemischten Liste
10. Wahl zweier Kassenprüfer\*innen
11. Anträge
12. Verschiedenes

## LINKES Frauentreffen

**Samstag, den 18. März 2017 um 14 Uhr**

in Göttingen, Lange-Geismar-Straße 3 (Saal der Roten Hilfe e.V.)

## Termine der Ortsverbände

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Mittwoch, 8. März, 19 Uhr** in Göttingen, Lange-Geismar-Straße 3 (Saal der Roten Hilfe e.V.)

Themen: Bundestags- und Landtagswahl 2017/18, Begrüßung neuer Mitglieder

### OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Der nächste Termin für eine OMV steht noch nicht fest, wird aber rechtzeitig auf der facebook-Seite des OV angekündigt.

### OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Keine Sitzung im März

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung

**Mittwoch, 8. März, 18 Uhr**, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung

**Dienstag, 14. März, 19.30 Uhr** in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

## Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

## KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

## Linksjugend [;solid]:

[solidgoettingen@gmail.com](mailto:solidgoettingen@gmail.com)

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,  
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,  
[hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow  
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059  
[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,  
[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz  
[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: [akiraki8@web.de](mailto:akiraki8@web.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

**E-Mail:** [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### AG Antifa

Michael Kaufmann

[ag.anti.fa.linke.goe@web.de](mailto:ag.anti.fa.linke.goe@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

## Rosa-Luxemburg-Club

### Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,  
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

# DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

Abschiebekultur:

## ► Merkel will Flüchtlinge „rückführen“.

Obwohl Bundeskanzlerin Merkel sich als Mutter der Willkommenskultur inszeniert und dieses Schauspiel von vielen im In- und Ausland immer noch geglaubt wird, hat sie spätestens am Mittwoch unmissverständlich klargemacht, wie das Programm ihrer Regierung aussieht: „Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung“. Dies soll Merkel dem Unionsfraktionsvorsitzenden schon vor Wochen als „das Wichtigste für die nächsten Monate“ vorgegeben haben. Verständlich wird diese Feinjustierung der Flüchtlingsproblematik als Unionswahlkampfthema erst, wenn die außenpolitischen Aktivitäten der Regierung hinzugenommen werden: Ein schmutziges Geschäft mit Libyen, das Migranten unter „KZ-ähnlichen Bedingungen“ (so das Auswärtige Amt) in Internierungslager pfercht und sterben lässt. Dieser Deal steht den Abmachungen mit Erdogans Türkei in nichts nach. Dem müssen sich fortschrittlich Denkende mit aller Kraft entgegenstellen.

Im Programm der Partei Die Linke steht klipp und klar, dass die Grenzen Deutschlands und Europas für verfolgte Menschen offen zu sein haben. Das gilt auch für diejenigen, die vor Armut und Hunger fliehen. Gegen diese Forderung

kommen Angriffe aus verschiedenen Richtungen. Manche Beiträge zu dieser Diskussion sind sicher auch aus der Sorge gespeist, wie der Rechtsdrall der europäischen Gesellschaften zu verhindern sein könnte.

**kein  
mensch  
ist  
illegal**

Ja, wir müssen uns die Frage stellen, warum immer mehr Menschen rechts wählen, denken, handeln. Das ist zur Zeit eine der wichtigsten Fragen in der linken Strategiedebatte überhaupt.

Denn es besteht durchaus die Möglichkeit, dass sich Wähler, die enttäuscht und wütend auf die regierenden Parteien

**Europabüro  
Göttingen**

---

Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
tel 05 51- 507 66 823  
fax 05 51- 507 66 838  
europabuero-loesing@web.de  
www.sabine-loesing.de

sind, linken Positionen zuwenden. Das wissen auch die Herrschenden. Deshalb versuchen sie mit aller Kraft, links und rechts in einen Topf zu werfen.

Auch daher ist es wichtig, niemals Spielraum für die Neu- und Uminterpretation linker Programmatik – wie dem Asylrecht ohne Obergrenze oder der Forderung nach offenen Grenzen – zu geben. Gleichmaßen gilt es, offen für die Sorgen und Nöte derjenigen zu sein, die glauben, sich nicht anders Gehör verschaffen zu können, als sich mit denen gemein zu machen, die letztlich die Verantwortung für die soziale Not tragen.

Mir machen Analysen Hoffnung, dass nicht all diejenigen, die in Europa rechts wählen, auch mit Überzeugung hinter rechter Programmatik stehen.

Dies ist eine Chance für linke Politik. Zugeständnisse an die Rechten sind jedoch ein fataler Fehler. Denn sie nähren nur die falsche Schlussfolgerung, dass Zugewanderte die Ursache für soziale Verwerfungen seien, und beschleunigen so, manchmal ungewollt, den Rechtsdrall.

Die wichtigste Frage, die nach den wirklichen Widersprüchen in dieser Gesellschaft, wird so verdrängt. Das nützt den Herrschenden.

Zuerst erschienen in der jungen Welt am 09.02.2017



**bleibe  
recht  
für alle**

Erklärung von DIE LINKE LV Niedersachsen vom 29.01.2017

## ► DIE LINKE. Niedersachsen wählt ihre KandidatInnen für den Bundestag

Quelle: [http://www.dielinke-nds.de/politik/nachrichten/daten\\_aktuelles/2017/lvw/](http://www.dielinke-nds.de/politik/nachrichten/daten_aktuelles/2017/lvw/)

**DIE LINKE in Niedersachsen tritt mit bekannten Gesichtern und mit neuen Leuten zur Bundestagswahl an. Drei der ersten sechs auf der Liste gehören dem Bundestag bereits an, ab Platz vier kandidieren neue und jüngere Mitglieder.**

Vor der Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten verabschiedeten die Delegierten mit großer Mehrheit eine Resolution zur Bundestagswahl 2017.

Insgesamt zehn Stunden dauerte der Wahlmarathon der 159 Delegierten im Wolfsburger CongressPark. Die Landesliste umfasst insgesamt 14 Personen. Bisher ist die niedersächsische LINKE mit vier Abgeordneten im Bundestag vertreten. Die Aufstellungsversammlung wurde eröffnet mit Grußworten des Wolfsburger Oberbürgermeisters Klaus Mohrs und Hartwig Erb, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Wolfsburg. Beide wiesen auf die besondere Bedeutung der Stadt als Hauptsitz des VW-Konzerns hin. Erb warb für ein Bündnis von SPD und LINKEN auf der Bundesebene. Hauptredner auf der Konferenz war der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Dietmar Bartsch, der die Arbeit des Landesverbandes Niedersachsen lobte.

Gewählt wurden:

1. **Pia Zimmermann** (MdB), Wolfsburg
2. **Diether Dehm** (MdB), Hannover,
3. **Jutta Krellmann** (MdB), Hameln,
4. **Victor Perli**, Wolfenbüttel,
5. **Amira Mohamed Ali**, Oldenburg,
6. **Michèl Pauly**, Lüneburg,
7. **Behiye Uca**, Celle,
8. **Leon Weiß**, Nordenham,
9. **Heidi Reichinnek**, Osnabrück
10. **Tim Höwing**, Salzgitter,
11. **Marion Köllner**, Gifhorn,
12. **Michael Braedt**, Hannover,
13. **Julia Grammel**, Hannover,
14. **Orhan Kara**, Hildesheim.

### Weitere Erläuterungen zur Aufstellungsversammlung:

Im Vorfeld der Aufstellungsversammlung war deutlich geworden, dass es um die ersten Plätze der Landesliste Kampfkandidaturen geben würde. So hatten die Bundestagsabgeordneten Diether Dehm und Herbert Behrens, der auch Landesvorsitzender ist, sowie der Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, Victor Perli, ihr Interesse auf den ersten Platz angemeldet.

Bereits im Januar gab es aber eine Initiative des Landesrates LINKER Frauen (LFF) für eine weibliche Spitzenkandidatur. Diese stieß bei einer knappen Mehrheit der Delegierten auf ein positives Echo.

Ohne Gegenkandidatur wurde daraufhin die Bundestagsabgeordnete Pia Zimmermann als Spitzenkandidatin gewählt. In der Fraktion ist Pia Sprecherin für Pflegepolitik, setzt sich für eine gute, menschenwürdige Pflege und deutlich bessere Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals ein.

Auf Platz 2 kam es dann zur erwarteten Kampfabstimmung zwischen Diether Dehm, Victor Perli und Herbert Behrens. Dabei konnte sich Diether nach zwei Wahlgängen durchsetzen. Er ist sicherlich der bekannteste und profilierteste LINKE Niedersachsens und bereits 16 Jahre im Bundestag, war Schatzmeister der Europäischen LINKEN und etliche Jahre Landesvorsitzender. Dadurch, dass sich Diether auch als Musikproduzent und Liedermacher einen Namen gemacht hat, verfügt er über viele Kontakte in die Kulturszene oder auch zu Menschen, die nicht zur linken Szene gehören. Dabei ist er nicht gänzlich unumstritten.

Victor Perli, der in der Stichwahl gegen Diether verlor, stand für viele Delegierte für einen Wunsch nach Verände-

rung. Mit nur 34 Jahren ist er zudem nur etwas mehr als halb so alt wie Diether und Herbert, verfügt allerdings über Erfahrungen als Landtagsabgeordneter mit Schwerpunkt Hochschulpolitik von 2008 bis 2013.

Herbert Behrens, der verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion ist, fiel dabei der Polarisierung zwischen Victor und Diether zum Opfer. Er wurde auch für den zurzeit vergleichsweise schwachen Zustand des Landesverbandes mitverantwortlich gemacht.

Auf Platz 3 wurde in zwei Wahlgängen Jutta Krellmann gewählt, die sich als aktive Gewerkschafterin vor allem durch ihren Einsatz für die Interessen der Lohnabhängigen profiliert hat.

Auf Platz 4 landete dann Victor, der sich im zweiten Wahlgang mit nur 80 zu 76 Stimmen gegen Herbert durchsetzte. Diese ersten vier Plätze haben Aussicht auf den Einzug in den Bundestag.

Eine wie immer geartete inhaltliche Richtungsentscheidung lässt sich in der Wahl dieses Spitzenquartetts nicht erkennen, da die genannten Kandidat\*innen alle eher zum linken SPD/Grünen-regierungskritischen Flügel zuzurechnen sind. Eine Resolution zur Bundestagswahl, die sich sehr kritisch zu SPD und Grünen und zur Regierungsbeteiligung mit neoliberalen Parteien äußert, wurde mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Darin heißt es unter anderem:

*„Darum setzen wir uns in der Partei für folgende Haltung ein: Wir werden uns keinen Veränderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durch gemeinsame parlamentarische Mehrheiten mit SPD und Grünen verweigern und garantieren, allen positiven Maßnahmen im Einzelfall zuzustimmen. Wir sind aber nicht bereit, SPD und Grünen durch Koalitionsbildung oder Tolerierungsvertrag einen Blankoscheck auszustellen. Der außerparlamentarische Druck ist und bleibt entscheidend.“*

Insgesamt wurden vierzehn Kandidatinnen und Kandidaten gewählt. Auf Platz 5 landete die Oldenburger Rechtsanwältin Amira Mohamed Ali, auf Platz 6 der Lüneburger Michèl Pauly, der dort Fraktionsvorsitzender im Stadtrat ist.

Die Kandidatur von Göttingern scheiterte. So kandidierten vergeblich sowohl Edgar Schu auf Platz 6 als auch unser Direktkandidat Konrad Kelm für einen weiteren Listenplatz.

# DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

## ► LINKE Ratsmitglieder in den Landkreismunicipalitäten – Wo arbeiten sie mit?

Im Kreisgebiet verfügt DIE LINKE seit dem Beginn der neuen Wahlperiode, ab den 1.11.2016 über insgesamt sechs Mandate in Städten, Gemeinden und Samtgemeinden.

Hier soll ein Überblick darüber gegeben werden, in welchen Gremien der Gemeinden die LINKEN Mandatsträger\*innen mitarbeiten.

### Stadt Hann. Münden

Mit den beiden Abgeordneten Kirsten Klein und Michael Kaufmann hat die LINKE im Stadtrat erstmals Fraktionsstatus und verfügt damit über ein Grundmandat ohne Stimmrecht im Verwaltungsausschuss und Stimmrecht in sämtlichen Fachausschüssen. Eine eindeutige Mehrheit für eine Partei oder eine Mehrheitsgruppe im insgesamt 35köpfigen Stadtrat gibt es nicht. Die stärkste Partei ist die SPD, die mit der zweitstärksten Partei CDU ohne feste Vereinbarung zusammen arbeitet. Den Bürgermeister stellen die Freien Wähler.

Kirsten und Michael haben die Ausschüsse wie folgt untereinander aufgeteilt:

► Kirsten Klein: Fraktionsvorsitzen-

de, Gesellschaftsausschuss (Schule, Sport, Jugend, Kultur und Soziales), Stadtentwicklung, Umweltausschuss und Betriebsausschuss.

► Michael Kaufmann: Verwaltungsausschuss (beratend), Finanzausschuss, Gesellschafterversammlung der Versorgungsbetriebe und weiteren stadteigenen Betrieben (Immobilienvermietungsgesellschaft, Immobilienverwaltungsgesellschaft und Wirtschaftsförderung + Stadtmarketing)

### Samtgemeinde/ Stadt Dransfeld

Als fraktionsloser Abgeordneter ist Ulrich Maschke seit 2011 Ratsmitglied im 25köpfigen Samtgemeinderat und seit 2016 im Stadtrat von Dransfeld. Die Samtgemeinde hat einen SPD-Bürgermeister. Es gibt keine Mehrheitsgruppe, wobei SPD und FWG mit jeweils sieben gewählten und die CDU mit sechs Ratsmitgliedern annähernd gleich stark sind.

Der Samtgemeinderat hat insgesamt sechs Fachausschüsse. Hier nimmt Uli ein Grundmandat im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss wahr.

Der 15köpfige Stadtrat Dransfeld mit einer ähnlichen Mandatsverteilung wie

im Samtgemeinderat hat zwei Fachausschüsse, wobei Uli ein Grundmandat im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt innehat.

### Stadt Herzberg

In der nunmehr dritten Wahlperiode vertritt Ilyas Cangöz als einzelner fraktionsloser Abgeordneter DIE LINKE. Es gibt einen CDU-Bürgermeister mit der SPD als stärkste Fraktion im insgesamt 31köpfigen Rat, ohne dass es eindeutige Mehrheitsverhältnisse gibt. Der Rat hat insgesamt sieben Fachausschüsse.

Ilyas verfügt über ein Grundmandat im Bau, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss.

### Gemeinde Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow ist einziges Ratsmitglied der LINKEN im Gemeinderat.

In der aktuellen Wahlperiode hat sie mit den Grünen eine insgesamt vierköpfige Ratsgruppe gebildet. Insgesamt gehören dem Rat mit dem SPD-Bürgermeister 29 Mitglieder an. Die SPD ist mit zwölf Sitzen die stärkste Fraktion, ohne dass es klare Mehrheitsverhältnisse gibt.

Stine arbeitet in zwei von sieben Fachausschüssen mit. Sie ist Vorsitzende des Feuerwehrausschusses und Mitglied im Ausschuss für Sport, Kultur und Soziales. Durch ihr Ratsmandat ist sie auch beratendes Mitglied im Ortsrat Rosdorf. Dem Verwaltungsausschuss gehört sie nicht an.

## ► Treffen von (GÖ)Linken, Piraten und DIE Partei im Stadtrat und Kreistag

Die Kreistagsgruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI sowie die Göttinger Linke und die PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe im Rat der Stadt Göttingen haben sich Ende Januar erstmals zur Beratung gemeinsamer Schwerpunkte getroffen und dabei eine Zusammenarbeit vereinbart. Über den Verlauf hatte goest geschrieben: „Recht zügig, diszipliniert, kenntnisreich und sachorientiert wurden die Themen umrissen, einige Sachinformationen erörtert, Argumentationsprobleme eingekreist und das Vorgehen beschlossen. Mit Vereinbarungen über die Formen der gegenseitigen Abstimmungen und Information wurde die

Grundlage für eine Verstärkung der Zusammenarbeit in einer Art „Kommunalforum“ gelegt.“

Thema war vor allem die Haushaltspolitik. In der gemeinsamen Presseerklärung wurde dazu folgendes festgehalten: „Dabei wurde ein gemeinsames Vorgehen zur Sicherung wichtiger kultureller Projekte, insbesondere zur Zwangsarbeiterausstellung, abgeprochen. Auch soll die Abführung eines Drittels der Gewinne der kommunalen Sparkassen erreicht werden. Diese Gelder sollen dann vorrangig zur Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt werden. Weiter möchten

die Teilnehmer die Rücknahme der Erhöhung der Kindergartenbeiträge. Einen weiteren Schwerpunkt der Zusammenarbeit bildet der ÖPNV. Hier fordern die drei Gruppierungen die Wiedereröffnung von Bahnhaltspunkten, insbesondere in Rosdorf und Obernjesa. Die Planungen zur Wiedereröffnung von Rosdorf müssen dabei zügig umgesetzt werden.“

Etwa vierteljährlich sollen diese gemeinsamen Treffen mit jeweils verschiedenen Themenschwerpunkten stattfinden. Das nächste Treffen ist für Montag, 3. April, um 17.45 Uhr im Kreishaus geplant.

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:  
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

## ► Ein Gespenst geht um im Rat der Stadt ...

Im Zuge des „Haushaltssicherungskonzeptes“ 2011-2016 war bereits eine regelmäßige Ausschüttung von Gewinnen der Sparkasse an die Stadt Göttingen von bislang insgesamt 1,5 Mio beschlossen worden. Dies wurde ganz offensichtlich niemals umgesetzt. Wenn nun die Fraktion der GÖLinken mit Unterstützung der Piraten, der Partei und einem Fraktionslosen neuerlich eine Gewinnbeteiligung der Stadt fordert (<http://www.goettinger-linke.de/aktuell/presse/#c293200>), wäre dies nichts Exotisches, sollte man meinen. Weit gefehlt: Das GT, das sich sonst auch nicht entgehen lässt, wenn in Deppoldshausen eine Fliege tot von der Wand fällt, drückt das Thema weg. Dennoch wird ganz offensichtlich eifrig an die Sparkasse gekabelt, die ihrerseits reagiert wie von der Tarantel gestochen. Der OB verteilt noch weit vor der Ratssitzung die Gegenerklärung der Sparkasse an die Ratsmitglieder. In der Ratssitzung (17 Februar) selbst bemerkt die SPD als erste den kalten „Hauch des Klassenkampfes“, die CDU bemüht Adenauers „keine Experimente“ – aber offene Sinne bei den Grünen und eine

Klarstellung des OB Köhler, dass auch die Sparkasse zur „kommunalen Familie“ gehöre. Am Ende wird der Antrag zwar für den Finanzausschuss einbalsamiert, ... aber eben nicht ohne die Erzwingung des offenen Eingeständnisses, dass die Legitimität, eine Sparkassenausschüttung von kommunaler Seite verlangen zu können, nicht mehr bestritten werden kann.

Ein nicht unwichtiger Etappensieg nach Punkten. Er leitet über zu der uns weiter beschäftigenden Frage – Ideell formuliert: Beruht die gebetsmühlenartige Wiederholung der These von der extern zu verantwortenden Klammheit kommunaler Kassen auf einem Propagandafake? Materiell: Ist eine ‚gefühlte Armut‘ der Kommunen eine Geschäftsidee? Der jährliche Gesamtabschluss, der die Bilanzen der ausgelagerten Eigenbetriebe mit einschließt – an sich gesetzlich vorgeschrieben – wird weiter einzufordern sein. Ein Gespenst geht um...

pst

Hintergrundinformationen zur Sparkassenausschüttung: [www.goest.de/sparkasse\\_goettingen.htm#tabu](http://www.goest.de/sparkasse_goettingen.htm#tabu)

## ► Antimilitarismus und Kommunalpolitik

In unverdient kleiner Runde traf sich der Kommunalpolitische Arbeitskreis der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke im Januar mit einem Referenten der SDAJ, der zunächst die Kampagne „Stop-Wars. Gemeinsam gegen ihre Kriege“ (<http://gegenkrieg.jetzt/>) vorstellte.

Gibt es für uns als Angehörige der politischen Linken im allgemeinpolitischen Zusammenhang nicht die geringste Veranlassung, von antimilitaristischen Positionen Abstand zu nehmen, gilt dies auch im kommunalen Nahfeld, in dem der zunehmend kriegstreiberischer werdende deutsche Imperialismus sein „nachbarschaftliches“ Gesicht zeigt. Ein auffal-

lender jährlicher „Glanzpunkt“ ist hierbei das Auftreten der Bundeswehr auf der Berufsbildungsmesse GöBit (siehe auch Göttinger Blätter vom Februar). Aber auch das Werben fürs Sterben auf Göttinger Stadtbussen fällt direkt in den Bereich linker Kommunalpolitik. Hingewiesen wurde auch darauf, dass das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) als ein nicht unwesentlicher Bestandteil des Militärisch-Industriellen Komplexes mit einem Standort in Göttingen ebenfalls zum Nahfeld antimilitaristischer Politik gehört. Ein bedeutender Aspekt der Kampagne ist ihre Ausrichtung auf einen nicht bloß humanistischen, sondern inter-

## Kontakte:

**Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

### SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,  
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,  
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

### Kassierer:

Gunnar Siebecke

### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon: 0551- 400 2347  
[GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

### Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr  
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr  
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

### Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)  
Rolf Ralle  
Edgar Schuh

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 15. März, 19 Uhr**  
**Neues Rathaus, Raum 1118**  
Thema: Städt. Eigenbetriebe

essegeleiteten Antimilitarismus, der auf eine Stärkung von Klassenbewusstsein zielt. Hier lässt sich an die Erfahrungswelt proletarischer Jugendlicher unmittelbar anknüpfen: Während Geld für Bundeswehr und Kriegswerbung, somit für imperialistische Interessenpolitik, problemlos verfügbar ist, gibt es keine Winterheizung etwa in der BBS II. Auch die Verbindung zur lokalen und regionalen linken Flüchtlingspolitik lässt sich so unmittelbar herstellen: Niemand weiß besser, wie scheiße imperialistische Kriege sind als etwa ein syrischer Kriegsflüchtling.

Im weiteren wurde verabredet, die antimilitaristische Zusammenarbeit im Rahmen der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke zu verstärken. Ein wesentlicher Teil wird die Mobilisierung zur geplanten Osteraktion am 15. April sein, zu der ein gemeinsamer Aufruf vorbereitet wird. Gemeinsam gegen ihre Kriege – auch in Göttingen!

pst



Fraktion Göttinger Linke  
Neues Rathaus, Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
tel 05 51- 400 23 47  
[goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

**Editorial:** Am 17. Februar brachten wir den Antrag auf Ausschüttung von Sparkassengewinnen in den Rat ein. Die Sparkasse war mit 4 „Zuschauern“ vertreten und die SPD vermutete gar „Klassenkampf“. Ein Begriff, auf den Sozialdemokraten mal stolz waren, inzwischen wird er aber nur noch ekelerregend abgewiesen. Wir dokumentieren hier die Rede von Gerd Nier

## Gewinnausschüttung der Sparkasse Göttingen

Meine Damen und Herren,

demnächst werden sicher nicht nur wir im Rahmen der Haushaltsverabschiedung Anträge auf Erhöhungen oder grundsätzliche Bezuschussung stellen, die in der Kategorie 10.000, 15.000, 25.000 Euro liegen. Ich denke dabei z.B. an die Theaterprojekte Domino und boat people, das Frauenhaus, das KAZ u.a.. Und dann werden wir wie immer mit der Frage nach einem Deckungsvorschlag konfrontiert. Wir unterbreiten Ihnen schon heute eine Möglichkeit, wie wir damit umgehen können. Lassen Sie uns das aus dem Ausschüttungsbetrag unserer Sparkasse nehmen. Das dies möglich wäre, kein unbilliges Verlangen und erst recht nicht illegitim ist, belegen uns die vielen Dokumente, die wir zwischenzeitlich im Rahmen unserer Recherchen gesammelt und auch Ihnen zumindest in Teilen zur Verfügung gestellt haben. Die FAZ titelte in einem umfangreichen Artikel im November 2016: "Klamme Kommunen - fette Sparkassen", 398 von 428 deutschen Sparkassen werden als ausschüttungsfähig in einer Expertise eines Bundesbankmitarbeiters bezeichnet. Mit dabei sind alle 44 niedersächsischen Sparkassen. Und der Landesrechnungshof Niedersachsen mahnt, " die Kommunen sollten sich endlich schlau machen, ob und in welcher Höhe die wirtschaftliche Gesamtsituation ihrer Sparkasse Abführungen zulässt." Der hessische Landesrechnungshof drückt dies noch drastischer aus: " Es gehe nicht darum, die Sparkassen zu mästen, sondern darum, die klammen Städte und Gemeinden zu entlasten."

Nun konnten wir ja Anfang Januar alle lesen, dass die Sparkasse Göttingen für das Rechnungsjahr 2016 ein Rekordergebnis verzeichnet. Laut und stolz getrommelt, könnte man da sagen. Als dann aber quasi als Reaktion darauf unsere Forderung nach Prüfung von Ausschüttungen auftauchte, wurde die Sparkasse z.B. vom Oberbürgermeister kurzerhand zu einer der schwächsten Sparkassen überhaupt erklärt.

Ich weiß zwischenzeitlich, dass bei der Sparkasse Göttingen anscheinend fast alles anders ist. So kann sie nach Bekundungen z.B. nicht, wie mittlerweile fast 50 % aller bundesdeutschen Sparkassen, auch nur einen kleinen Anteil ihres Netto-Reingewinns ausschütten. So darf man sie auch nicht mit der Sparkasse Celle vergleichen, obwohl diese von den Zahlen her in einer ähnlichen Liga spielt und schon 2013 zwei Mio. Euro an ihre Stadt überwiesen hat. Ich weiß, weil wir das nun auch schon öfter zu hören bekamen, wir verstehen das große Ganze nicht richtig, weil wir angeblich die falschen Quellen nutzen oder sie falsch interpretieren. Weil unsere Fragen zu ungenau sind, und wir deshalb keine Antworten bekommen konnten. Da aber die großen Fraktionen bis überhaupt noch keine Fragen gestellt haben, und wir aber nicht dumm sterben wollen, müssen und werden wir weiter insistieren. Wir können und wollen nicht mehr verstehen, dass sogar mitten in der Finanzkrise laut vom Rat verabschiedeten Haushaltssicherungskonzept eine Vereinbarung über jährliche Ausschüttungen etlicher hunderttausend Euro für möglich gehalten wurde, summiert bis 2016 auf 1,5 Millionen Euro, während heute, wo die Rede von einem Rekordergebnis ist, nicht mal ein Teil des Nettoreingewinns unserem Gemeinwesen zufließen soll.

Und wir verstehen so langsam auch nicht mehr, weshalb sich auch heute noch eine Ratsmehrheit - wie sich im VA andeutete- vermutlich dagegen wehren wird, zumindest den ernsthaften Versuch von Ausschüttungen ins Auge zu fassen. Mir scheint fast, dass auch für uns in Göttingen zutrifft, was der Präsident des niedersächsischen Landesrechnungshofes im Kommunalbericht 2015 zum Ausdruck brachte: " Vielen Kommunen ist die Höhe der möglichen Ausschüttungen überhaupt nicht bekannt." Und ich füge hinzu, etliche wollen es anscheinend auch gar nicht so genau wissen.

Wir wollen es genauer wissen, und deshalb unser Antrag:

*Der Rat möge beschließen:*

Die Verwaltung wird beauftragt, in konkreten Verhandlungen mit der Sparkasse Göttingen zu erreichen, dass die Sparkasse aus ihrem erwirtschafteten Nachsteuergewinn dauerhaft den Anteil von einem Drittel ausschüttet und somit einen nennenswerten Ertrag an den städtischen Haushalt abführt. Auch die Sparkasse Göttingen muss endlich dazu gebracht werden dass sie, wie zwischenzeitlich bundesweit viele Sparkassen und wie schon im Kommunalbericht 2015 vom Niedersächsischen Landesrechnungshof für die niedersächsischen Sparkassen gefordert, einen erkennbaren Betrag aus dem abführungsfähigen Bilanzgewinn an die Stadt Göttingen überweist.

# ► Prekäre Arbeit, Prekarität, Prekariat?

Was der Streit um Begriffe mit Politik zu tun hat

**„Die Wissenschaft hat festgestellt ...“, so der Refrain eines Kinderliedes, in dem haarsträubende Zusammenhänge unter Verweis auf scheinbar objektive wissenschaftliche Befunde behauptet werden. Auch im Falle der (sozial)wissenschaftlichen Debatten über Prekarität zeigt sich, dass es beim Streit um wissenschaftliche Begriffe stets auch um politische Fragen geht.**

## Was ist „prekäre Arbeit“?

Das Problem beginnt bereits mit dem Adjektiv „prekär“. Laut Duden bedeutet es „unsicher, heikel“, doch was als „unsicher“ gilt, hängt davon ab, wie „Sicherheit“ definiert wird. In Bezug auf die Arbeitswelt der Bundesrepublik wird „Sicherheit“ meist mit dem „Normalarbeitsverhältnis“ (NAV) gleichgesetzt. Der Begriff tauchte zum ersten Mal Mitte der 1980er auf – zu einem Zeitpunkt, als das NAV an Bedeutung zu verlieren begann. Unter einem NAV verstand man damals eine unbefristete abhängige Vollzeitbeschäftigung, mit vollem Schutz durch Sozialversicherung und Arbeitsrecht, mit regelmäßigen, auf die Werktage verteilten Arbeitszeiten, dauerhafter Bindung an ein Unternehmen und Vertretung durch Betriebsrat und Gewerkschaft. „Prekäre Arbeit“ sind im Gegensatz dazu Jobs, die in dreierlei Hinsicht die durch das NAV gesetzten Integrationsstandards unterschreiten: materiell (weil Lohn oder Gehalt unterhalb des Durchschnittseinkommens liegen), rechtlich (weil Arbeitsrecht, soziale Sicherung oder Tarifverträge nicht oder nur eingeschränkt gelten) und betrieblich (weil prekär Beschäftigte weniger stabil in Strukturen betrieblicher Interessenvertretung oder kollegialer Solidarität eingebunden sind). Mehrfache Standardunterschreitung findet zum Beispiel bei Leiharbeit, vielen befristeten Beschäftigungen, Teilzeitjobs und Minijobs statt – um sie geht es meist, wenn von „prekärer Beschäftigung“ die Rede ist.

## Was hat das mit Politik zu tun?

Erstens ist schon der Begriff „prekäre Beschäftigung“ ein politisches Statement. Immerhin werden dieselben Jobs mit derselben Argumentation (Abweichung vom

NAV) in vielen Studien nicht als „prekär“, sondern als „atypisch“ bezeichnet. „Atypisch“ bedeutet „anders“, und „anders“ kann auch positiv sein, wenn es individuellen Bedürfnissen entspricht. „Prekär“ hingegen besagt, dass den Betroffenen Schutz verwehrt wird, sich aus ihren Jobs Sicherungslücken ergeben und politischer Handlungsbedarf besteht.

Zweitens wird diskutiert, wie weit die Prekarisierung der Arbeitswelt in Deutschland tatsächlich geht. Im Jahr 2015 wurden etwa zwei Drittel der Erwerbstätigen in die Kategorie „Normalarbeitsverhältnis“ eingeordnet. Ob man daraus ableitet, dass das NAV damit immer noch für die überwiegende Mehrheit gilt, oder ob man im Gegenteil hervorhebt, dass sein Anteil im Vergleich zu 1985 um etwa 20 Prozent gesunken ist, ist vor allem eine politische Frage.

Drittens wird über die politische Bewertung dieser Veränderung gestritten. Schon in den 1980ern waren sich alternative Spontis und Wirtschaftsliberale einig, dass das NAV problematisch sei: zum einen zwingt es Menschen, lebenslanglich „nine to five“ zu arbeiten (sei also disziplinierend), zum anderen erschwere es „Outsidern“ den Zugang zum Arbeitsmarkt (sei also diskriminierend). Wenn Unternehmen für jedes Arbeitsverhältnis tief in die Tasche greifen müssten, um existenzsichernde Löhne und Sozialversicherung zu zahlen, wenn das Arbeitsrecht (Kündigungsschutz) sie zwingt, sich dauerhaft an Beschäftigte zu binden, würden vor allem Frauen, BerufseinsteigerInnen und MigrantInnen eben nicht eingestellt, so hieß es. Leiharbeit, Befristungen, Teilzeit- oder Minijobs würden gerade diesen Gruppen den Einstieg erleichtern und Arbeitslosigkeit reduzieren. Bis heute wird die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes (u.a. im Zuge der Hartz-Reformen) dafür gelobt, dass Arbeitslosenzahlen gesunken sind und der Anteil der Erwerbstätigen einen historischen Höchststand erreicht hat. Fragt man hingegen nach der Qualität der neuen Arbeitsverhältnisse, so ist die Bilanz weniger berauschend: der Niedriglohnsektor ist explodiert (was Deutschland einen traurigen Spitzenplatz in Europa eingebracht hat), und speziell die Erwerbsintegration von Frauen erfolgt fast ausschließlich in Teilzeit- und Minijobs. Die „Flexibilisierung“

von Jobs kommt oft vor allem Unternehmen zugute, während Beschäftigte gezwungen sind, sich deren Vorgaben anzupassen.

Entsprechend besteht (viertens) keine Einigkeit über die Bewertung einer Politik, die prekäre Jobs fördert. Während manche die Erweiterung von rechtlichen Möglichkeiten, auf befristete Verträge oder Leiharbeit zurückzugreifen, oder den Druck auf Arbeitslose, auch Jobs unterhalb des bisherigen Einkommens- und Qualifikationsniveaus anzunehmen, als Erfolg bewerten, weil „fast jeder Job besser ist als keiner“, halten andere diese Politik für einen Skandal, weil sie Menschen in prekäre Arbeit zwingt.

Schließlich wird kontrovers darüber diskutiert, ob aktuell ein „Prekariat“ entsteht, das beginnt, seine Interessen auch politisch zu vertreten. Die Euro-Mayday Bewegung etwa berief die Einheit von prekär Beschäftigten in Universität, Medien und McDonalds in der Hoffnung auf eine Wiederbelebung emanzipatorischer Politik. Andere befürchten hingegen eine Gefahr für die Demokratie, weil das Prekariat eine „neue gefährliche Klasse“ bilde, wie Standing behauptet, und rechte Protestbewegungen speise. Fakt ist: wir wissen nicht, ob sich derzeit tatsächlich eine Gruppe herausbildet, die in Hinblick auf Arbeits- und Lebensbedingungen oder gar auf Selbstwahrnehmung und politische Ziele so viel gemein hat, dass man sie als „das Prekariat“ bezeichnen könnte. Pegida und AfD jedenfalls scheinen ebenso wenig eine reine Prekarierbewegung zu sein, wie die NSDAP eine reine Proletarierbewegung war. Was wir hingegen wissen, ist folgendes: Prekäre Jobs zwingen Menschen, auf erkämpfte Schutzstandards zu verzichten. Sie machen die Planung von Berufs- und Privatleben schwierig bis unmöglich. Sie verstärken die disziplinierende Wirkung, die Lohnarbeit immer hat, weil Menschen in prekären Jobs viel akzeptieren, um eine reguläre Arbeitsstelle zu bekommen, und dabei als billige Konkurrenz für diejenigen wirken, die zwar reguläre Jobs haben, aber durch prekäre KollegInnen die eigene Ersetzbarkeit vor Augen geführt bekommen. Letztlich erhöht Prekarisierung auch die disziplinierende Wirkung von Lohnarbeit, denn gerade Frauen, BerufseinsteigerInnen und MigrantInnen sind gezwungen, prekäre Jobs anzunehmen. Mit Arbeit und Leben in Würde sind diese oft nicht vereinbar. Grund genug, politisch gegen Prekarisierung anzugehen.